



Martin Stümpfig
Mitglied Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Landkreis Ansbach

25. Mai 2018

An den
Landrat des Landkreises Ansbach
Herrn Dr. Jürgen Ludwig
Crailsheimstr. 1

91522 Ansbach

Verbesserung der Flüchtlingsarbeit I: Erhalt der dezentralen Unterkünfte

Der Landkreis Ansbach erhält seine dezentralen Flüchtlingsunterkünfte. Bei marktangepasster Miete sollen diese Unterkünfte nicht aufgelöst werden. Nur in besonderen Ausnahmefällen, bei denen eine weit überhöhte Miete anfällt bzw. der Zustand des Gebäudes einen Weiterbetrieb nicht ermöglicht, steht eine Auflösung an. Für die Bewohner, die lokal einer Ausbildung oder Arbeit nachgehen, ist lokal eine entsprechende Unterbringung zu finden.

Begründung:

2016 hat der Ministerrat in der Kabinettsitzung die Umsteuerung in der Unterbringung von Flüchtlingen beschlossen, um die Kommunen zu entlasten. Das bedeutet, dass vorrangig in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen ist. Die Landratsämter sollen in Absprache mit der Regierung dezentrale Unterkünfte abbauen.

Dezentrale Unterkünfte sind jedoch ein Erfolgsmodell, auch wenn sie aus der Not entstanden sind. Hier engagieren sich viele Ehrenamtliche, sodass zwischen den Ehrenamtlichen und den Flüchtlingen eine enge Vertrauensbasis und eine persönliche Bindung entstanden ist. Gerade dieser enge Kontakt mit Ehrenamtlichen vor Ort ist ein entscheidender Baustein für eine gelingende Integration. Der Aufbau dieser Vertrauensbasis gelingt gerade bei einer dezentralen Unterbringung.

In unserem Landkreis als dem größten Flächenlandkreis in Bayern gibt es rein aus räumlichen Gründen eine besondere Situation. Die Flüchtlinge auf wenige zentrale Unterkünfte zu verteilen ist hierin keiner Weise sinnvoll. Der öffentliche Nahverkehr besteht in vielen Bereichen nur aus den Schulbussen. Für einen regelmäßigen Besuch von Sprachkursen bzw. für den Weg zur Arbeit oder Ausbildungsstelle ist der

verfügbare ÖPNV in aller Regel nicht ausreichend. Der Landkreis muss deshalb seinen vollen Ermessensspielraum ausschöpfen, die besondere Situation in unserem Landkreis berücksichtigen und die dezentralen Unterkünfte erhalten.

Martin Stümpfig